

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 15.06.2009

AN/1105/2009

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	30.06.2009

Offensive für mehr geförderten Wohnraum

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD-Fraktion bittet Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung des Rates am 30. Juni 2009 aufzunehmen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, kurzfristig

- den Wohnungsgesamtplan aus dem Jahr 2003 fortzuschreiben und um das Segment „preisgünstige Wohnungen“ zu ergänzen.
- im Fachausschuss Bauen und Wohnen alle Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die Bereitstellung von preisgünstigem geförderten Wohnraum im Vorgriff auf die zu erwartenden Ergebnisse des Wohnungsgesamtplanes forciert werden können.

Es gilt das Angebot an Mietwohnungen an sozialräumlich akzeptablen Standorten mit vorhandener Infrastruktur auszuweiten. Dabei sollen sowohl städtische als auch private Grundstücke genutzt werden.

- Bei städtischen Grundstücken ist der Anteil der geförderten Wohnungen von 25 % auf 30 % zu erhöhen.
- Bei privaten Grundstücken sollen auch finanzielle Anreize geschaffen werden.

Um mehr preiswerte geförderte Wohnungen im Stadtgebiet gut verteilt bauen zu können, soll ein Bodenmanagement-Modell im Rahmen der „sozialgerechten Bodennutzung“ entwickelt werden.

Parallel dazu soll die Verwaltung ihre Bemühungen zur Verbesserung des Images und der Akzeptanz des geförderten Wohnungsbaus weiter intensivieren. Dabei ist auf hohe Standards in Bezug auf Barrierefreiheit und Energieeffizienz im geförderten Wohnungsbau hinzuweisen.

- Die Verwaltung wird aufgefordert auch Vorschläge für den Wohnungsbestand zu entwickeln. Dabei sollte das Augenmerk auf folgenden Instrumenten liegen:
 - Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen.
 - Erhalt und Verbesserung von preiswerten Wohnungen, die zur angemessenen Wohnversorgung der Kölnerinnen und Kölner dringend benötigt werden
 - Umbauten im Bestand für mehr Barrierefreiheit
 - Einfordern von neuen und ggf. gebündelten Fördermöglichkeiten zur Nachrüstung energetischer Standards im Wohnungsbestand und damit langfristigen Senkung der Nebenkosten.
- Bestandteil der Vorschläge für den Wohnungsbestand sollen auch Maßnahmen zur Stabilisierung, ggf. auch durch vereinzelt Rückbau, von Objekten in stark vernachlässigtem Zustand sein. Gedacht ist hier vor allem an Objekte in Großsiedlungen, die unter Zwangsverwaltung stehen.

Begründung:

Nach der Wahl 1999 hatten die CDU-Stadtspitze und CDU dominierte Ratsmehrheiten die Wohnungspolitik in Köln für erledigt erklärt und völlig dem privaten Markt überlassen. Absolute Tiefpunkte dieser fatalen Richtungsänderung waren der Ratsbeschluss von CDU und FDP im Jahr 2000, mit dem alle Bebauungspläne, die Investitionen in den Geschosswohnungsbau ermöglichten, gestoppt wurden, und der - dank SPD und Grünen vergebliche - Versuch, die Stadtanteile an den Kölner Wohnungsbaugesellschaften mit ihren Wohnungen für 42.000 Mieterinnen und Mieter an einen privaten Investor zu verkaufen. Dennoch zeigt die unverantwortliche CDU-Politik der Jahre 1999 bis 2004 Wirkung: insbesondere für einkommensschwache Gruppen fehlt bezahlbarer Wohnraum.

Das klar definierte Ziel der Wohnungsbaupolitik der SPD-Fraktion heißt: In Köln sollen jährlich mindestens 4.000 Wohneinheiten, davon mindestens 1.000 öffentlich gefördert, geschaffen werden. Dazu wurden auf Initiative der SPD-Fraktion im städtischen Haushalt 8,2 Millionen Euro für ein Wohnungsprogramm eingestellt. Die SPD-Fraktion wird darauf achten, dass alle Segmente des Wohnungsbaus forciert werden.

Die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen in Köln hat sich von 2001 bis 2008 von 63.535 um 18.449 auf 45.086 verringert. Die Tendenz ist weiter abnehmend.

Gleichzeitig ist die Zahl der Berechtigten weiter angestiegen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sind weiter alle Anstrengungen erforderlich, die Zahl der Neubauten im geförderten Wohnungsbau in den verschiedenen Wohnungsmarksegmenten zu erhöhen. Dazu gehört die Förderung generationsübergreifender Wohnprojekte, barrierefreies Wohnen, die Förderung von Baugruppen und vieles mehr.

Um dieses Ziel umzusetzen ist eine Vielzahl von Handlungsoptionen zu nutzen. Diese werden bereits seit längerem in einschlägigen Gremien diskutiert, kommen aber leider viel zu wenig zur Anwendung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Martin Börschel MdL
Fraktionsvorsitzender

gez. Michael Zimmermann
Fraktionsgeschäftsführer